

Startkundgebung

14:00 – 14:30 Schrangen/ Königstraße

Vorstellung

StopWatchingUs ist ein bundesweites Bündnis aus allen Schichten der Gesellschaft. Wir sehen unser Recht auf freie Meinungsbildung gefährdet und möchten aktiv werden, bevor es zu spät ist.

Wir machen mit Aktionen wie dieser Demonstration heute auf die Problematik aufmerksam, knüpfen neue Kontakte, diskutieren gemeinsam über den Wert der Privatsphäre, betonen die Bedeutung des Selbstdenkens und der Zusammenarbeit, um die Desinformationen zu durchschauen, die zum einzigen Ziel hat das gegenwärtige postdemokratische System zu stabilisieren.

Organisatorisches

- Demo-Ablauf: siehe Demonstranten-Flyer
Rundmarsch mit Parolen, Kundgebungen an verschiedenen Plätzen
- Auflagen: nur auf einer Straßenseite gehen, Anweisungen der Ordner beachten
- Nicht so dicht auflaufen, sieht dann nach mehr aus :-)
- Ein paar Leute haben Flyer für die Passanten bekommen.
Den Passanten geben, die interessiert sind.

An unsere Ziele (als #StopWatchingUs) erinnern

- Aufmerksamkeit auf das Thema lenken, es in den Köpfen der Leute präsent halten
- Unser Ziel sind aktive, kritisch denkende Bürger, die sich selbst informieren und Fragen stellen. Nur wer sich selbst informiert und selbst denkt, kann seine demokratische Pflicht in vollem Umfang wahrnehmen. Zu solch einem Bürger zu werden, fällt den meisten Menschen schwer. Am leichtesten ist es daher sich mit anderen zusammenzusetzen und den Propaganda-Nebel gemeinsam zu reflektieren.
- Leute zusammenbringen
mit gemeinsamen Kräften können wir mehr erreichen als jeder für sich alleine
→ eine Bewegung formen – deshalb zählt jede einzige Person, die heute dabei ist

Edward Snowden hat getan was er konnte, um die Öffentlichkeit über etwas in Kenntnis zu setzen, dass sie selbst entscheiden sollte und nicht für sie entschieden werden sollte. Es war sein Ziel eine öffentliche Diskussion anzuregen, wohlwissend dass er alleine nichts bewirken kann. Es ist nun unsere Aufgabe die entsprechende Diskussion anzustoßen und sie zu führen.

- Informationsabend geplant
→ auf Mailingliste eintragen um informiert zu werden oder auf swu-hl.de schauen
- Unser Weg
 - Gewaltfreier Widerstand + ziviler Ungehorsam
 - Selbstwirksamkeit: gemeinsam Lösungen überlegen und umsetzen

Lasst uns diese Gelegenheit nutzen uns einmal kurz gegenseitig vorzustellen.

Schaut euch mal um: Wer steht gerade neben euch – und sagt „hallo“. Tauscht euch z.B. einfach mal kurz darüber aus wie ihr von dieser Demonstration erfahren habt und was euch hier her bringt. *Nur zusammen können wir etwas erreichen und dafür müssen wir uns kennen.*

Inhalt: Einführung/ Überblick

Worum geht's?

Die von Edward Snowden befreiten Dokumente beweisen, dass die Inhalte *und* Metadaten jeglicher digitaler Kommunikation (Internet, Festnetz- und Mobiltelefon) durch Geheimdienste abgehört, gespeichert und ihren eigenen Interessen gemäß ausgewertet werden.

Dazu werden

- etwa 150 zentrale Internetknoten angezapft.
- sämtliche Benutzerdaten von mehr als 100 Internetfirmen kopiert (Google, Facebook, Microsoft, Apple, YouTube, Yahoo, Skype, ...).
- automatisiert millionenfach Computer, Mobiltelefone, industrielle Steuerungen usw. aufgebrochen, um Kommunikation abzufangen, bevor sie verschlüsselt wird.
- Teams vor Ort mit dem Einbruch in besonders gesicherte Netzwerke und Computer beauftragt.
- gezielt kryptografische Standards sowie kommerzielle Implementierungen sabotiert.
- Geheimdienste der teilnehmenden Länder zur Ausspionage ihrer eigenen Bevölkerung benutzt.

All dies geschieht im Geheimen ohne demokratische Kontrolle und ist politisch gewollt!

E-Mails, besuchte Internetseiten, Eingaben bei Suchmaschinen und Kartendiensten, private Facebook-Postings, übertragene Dokumente, Video- und Text-Chats ... alles speichern und verarbeiten Geheimdienste in Echtzeit – vorgeblich nur zur Terrorabwehr, tatsächlich aber um *zukünftige Proteste gegen die Regierung* zu verhindern. Selbst wenn wir „nur“ im Internet surfen und einige E-Mails schreiben, macht es die Masse an Informationen möglich, ein *Abbild unserer Denkprozesse* anzufertigen und unser zukünftiges Verhalten zu prognostizieren. Dies funktioniert leider bereits erstaunlich gut.

Mobiltelefone geben unablässig über den aktuellen Aufenthaltsort ihres Trägers Auskunft, können sie anhand des Ganges identifizieren und in einen Wanzen-Modus versetzt werden, der es erlaubt mizuhören, was gerade im Zimmer gesprochen wird und Bilder von allen Anwesenden zu machen – natürlich ohne, dass man eine Veränderung auf dem Display sieht. Dies gilt auch für scheinbar ausgeschaltete Mobiltelefone.

Es gibt bereits seit Jahren geheime Gesetze zwischen der Bundesregierung und den USA, die den USA weitreichende Überwachungsbefugnisse in Deutschland geben. Öffentlich zugängliche Gesetze werden möglichst frei interpretiert, um behaupten zu können, dass man sich an die Gesetze hält. Die Interpretationen sind ihrerseits aber wieder geheim. Doch dies ist den Geheimdiensten noch nicht genug. So wurde vor kurzem ein NSA-Dokument befreit, das zeigt, wie die NSA Gesetzesänderungen und größere technische Fähigkeiten anstrebt, um die Überwachung noch umfassender und detaillierter zu machen.

Fun facts

- Das PRISM Logo wird von der NSA ohne Erlaubnis des Urhebers (Adam Hart-Davis) benutzt, d.h. sie verletzen sein Copyright. Dabei hätten sie z.B. nur seinen Namen nennen müssen.
- Anwälte von GCHQ sagen es sei unmöglich die Zahl der Personen zu nennen, die von Tempora überwacht werden, weil „dies eine unendlich lange Liste wäre die wir nicht handhaben könnten“.
- Total Information Awareness (TIA): War ein Programm von 2003 das bereits damals zeigte, wo die Reise hingehört. Hat auch ein sehr aufschlussreiches Logo. Ich empfehle jedem sich zumindest mal das Logo anzusehen.

Warum betrifft es jeden von uns?

Demokratie und Rechtsstaat werden ausgehöhlt.

Wäre irgendjemand von uns außerhalb des Internets damit einverstanden, wenn ein detailliertes Verhaltens-, Interessens- und Bewegungsprotokoll über ihn erstellt wird? Die Vergangenheit zeigt uns, dass Befugnisse ausgenutzt und anfallende Daten nach einiger Zeit für ursprünglich nicht verabredete Zwecke ausgewertet werden (z.B. Maut-Daten).

Unschuld alleine schützt einen nicht. Nicht wir sondern der Staat entscheidet, ob das, was wir tun, falsch ist und verfolgt wird.

Die jüngst offengelegten Überwachungssysteme versuchen flächendeckend ohne konkreten Anlass durch automatisierte, statistische Analyse „unnormale“ und damit vermeintlich gefährliche Kommunikation aufzudecken.

Die Erfahrungen, die wir in Deutschland mit Staaten gemacht haben, die systematisch in die Privatsphäre ihrer Bürger eindringen, sollten uns eine Warnung sein.

*Verdachtsunabhängige Kommunikationsüberwachung
schürt eine diffuse Angst vor dem Staat und
förderst eine Gleichschaltung der Gesellschaft.*

Terrorismus ist ein Scheinargument. Er ist selbst-gemacht und teilweise gezielt von den Diensten in die Wege geleitet. Wir brauchen ein neues Verhältnis zur Wahrheit in der Politik. Die Fragen zur staatlichen Überwachung sollten der Demokratie zu Liebe zügig und rechtsstaatlich aufgeklärt werden.

*Wir brauchen einen transparenten Staat,
keinen gläsernen Bürger!*

Demokratie in Gefahr?

Demokratie lebt von Gewaltenteilung. Geheimdienste entziehen sich jedoch der Gewaltenteilung, arbeiten ohne Kontrolle und sind daher nicht demokratisch legitimiert. Sie sind durch Ausnahmegesetze (G10-Gesetz, BND-Gesetz, ...) von der Einhaltung unserer Grundrechte ausgenommen und werden unzureichend durch Gremien beaufsichtigt, deren Arbeit wiederum für Parlament und Volk geheim ist.

Egal, wie man zu einer Überwachung bürgerlicher Kommunikation zur Gefahrenabwehr steht:

*Es gibt eine wachsende Macht im Staat,
die sich der Gewaltenteilung entzieht.*

Falschaussagen der Geheimdienste dienten bereits als nicht demokratisch kontrollierbare Begründungen für Kriege – bspw. die Chemie-waffenlüge, die zum Irakkrieg führte.

Der Bürger wird in diesem postdemokratischen System aus der Politik herausrationalisiert.

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“

... heißt es im Grundgesetz Artikel 20. Wir müssen wieder unsere damit verbundenen Rechte und Pflichten wahrnehmen. Wir müssen unser ganzes Gewicht in unsere Stimme legen – unseren ganzen Einfluss nutzen. Ein Mal in vier Jahren wählen zu gehen, ist keine Demokratie. Das ist lediglich eine Legitimierung des bestehenden Systems aber keine echte Einflussnahme.

Durch Proteste wurde vieles erreicht: Frauen bekamen das Wahlrecht, die vollständigen Volkszählungen wurden abgeschafft, das Ende der Atomkraft wurde eingeleitet. Jetzt muss wieder etwas erreicht werden – und deshalb sind wir heute hier.

Wie können wir uns schützen?

Ein effektiver Schutz gegen die Überwachung ist praktisch unmöglich. Geheimdienste finden immer einen Weg – das ist ihr Job. Es muss das Ziel sein, dass Dienste und Politik den Willen des Volkes vertreten und nicht, dass sich das Volk vor dem Staat schützt.

- Möglichst jede Kommunikation verschlüsseln, um die Überwachung kostspieliger zu machen.
- Keine Web-Dienste oder Programme amerikanischer Firmen nutzen, da sie der NSA helfen müssen. Allgemein: Es ist nichts mehr sicher.

Was können wir tun?

- Sich darüber informieren, was wirklich passiert. Wir werden gezielt desinformiert.
- Darüber nachdenken, was uns unsere Privatsphäre wert ist. Sollte der Staat und seine Behörden wirklich alles wissen, was wir tun?
- Wir haben regelmäßige Treffen, auf denen wir gemeinsam die Lage reflektieren und zu denen jeder herzlich eingeladen ist. Wenn wir zusammenarbeiten, können wir unser Ziel erreichen.
- Wir können mit Freunden und Bekannten über dieses Thema sprechen. Wir können ihnen sagen was passiert und natürlich auch ihnen zuhören.
- Heute die Gelegenheit nutzen neue Kontakte zu knüpfen.
- Jeder von uns muss Verantwortung für die Dinge übernehmen, die ihm wichtig sind. Lasst uns unsere Demokratie mit Leben füllen und sie selbst in die Hand nehmen.

Wir als #StopWatchingUs in Lübeck fordern

- Diskussion über den Wert der Privatsphäre
- Abschaffung aller Geheimdienste
- Stopp der Drohnenmorde aus Deutschland
- Untersuchungsausschuss für alle Verantwortlichen aus Diensten und Politik
- Die Offenlegung aller geheimen Abkommen
- Effektiven Schutz für alle Whistleblower
- Anerkennung Edward Snowdens als politischen Flüchtling

2. Kundgebung

14:45 – 15:00 Koberg @ Jacobikirche

Aus der Geschichte lernen

Aus Erfahrung wissen wir, dass langsame Entwicklungen schwer zu erkennen sind und die Mehrheit der Menschen daher oft zu spät handeln. Wir sind als Gesellschaft überzeugt in jeder Hinsicht fortschrittlich zu sein und aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt zu haben. Wir sind überzeugt, dass wir in einer Demokratie leben und damit sicher vor jeder Art von zukünftiger Tyrannie sind.

Ich finde, wir sollten unsere Überzeugungen gewissenhaft prüfen und uns vor Augen führen, wie die aktuellen Geschehnisse die Grundpfeiler einer jeden Demokratie bedrohen. Wir müssen uns fragen, ob eine Demokratie ohne Privatsphäre noch den Namen Demokratie verdient und ob wir in einem solchen System „leben“ wollen. Doch den meisten Menschen sind die Probleme noch nicht bewusst. Daran müssen wir arbeiten.

„Das möchte ich Dir lieber nicht am Telefon erzählen.“ sollte für immer der Geschichte angehören und es liegt in unserer Hand dies sicherzustellen.

Gestern wurde unsere Geschichte geschrieben und heute schreiben wir die Geschichte von morgen!

Wir brauchen ein neues Verhältnis zur Wahrheit in der Politik. Die Fragen zur staatlichen Überwachung sollten unserer Demokratie zu Liebe zügig und rechtsstaatlich aufgeklärt werden.

Wir tragen die Mitschuld an den Folgen, wenn wir tatenlos bleiben.

Snowdens Geschenk

Vor Snowden:

Bloß Vermutungen, keine Dokumente, daher keine Diskussion im Mainstream möglich.

Nach Snowden:

Die Vermutungen sind der Erkenntnis gewichen: Ja, wir werden überwacht. Metadaten und Inhalte. Und nun ist auch eine Diskussion in der Öffentlichkeit möglich, da wir Beweise haben.

Das ist sein Geschenk an uns. Es ist ein Geschenk an die Demokratie und alle Bürger, die sich unabhängig informieren.

Apathie

Vorurteil: die paar Leute auf der Straße können doch nichts verändern

Wir haben zwei Ziele:

- Aufmerksamkeit erzeugen
Whistleblowern den Rücken stärken, ihnen eine Stimme geben
- und genauso wichtig: persönliche Kontakte knüpfen
Die daraus entstehenden Gespräche/ Diskussionen helfen die Lage besser zu verstehen und die Vernetzung untereinander gibt einem die Möglichkeit gemeinsam etwas zu bewirken, das man alleine nicht schaffen würde.

Es sind in der Vergangenheit immer die Anstrengungen von vielen Leuten über längere Zeit nötig gewesen, um große Veränderungen herbeizuführen. Im Nachhinein erinnert man sich meist nur an ihre Repräsentanten, doch ohne den kontinuierlichen Einsatz aller Leute, die ihrem Vorbild gefolgt sind, hätten sie nichts erreichen können.

Statement von Sarah Harrison

2013-11-06, Berlin

„In diesen Zeiten der Geheimhaltung und des Missbrauchs von Macht gibt es nur eine Lösung – Transparenz. Wenn unsere Regierungen so korrumpt sind, dass sie uns nicht mehr die Wahrheit sagen, dann müssen wir einen Schritt nach vorne machen und selbst die Wahrheit ergreifen. Ausgestattet mit der unanfechtbaren Beweislast von Primärquellen-Dokumenten können sich die Bürger wehren. Wenn unsere Regierungen uns diese Informationen nicht freiwillig geben wollen, dann müssen wir sie uns holen. Wenn Whistleblower Dokumente befreien, müssen wir für sie kämpfen, damit mehr von ihnen den Mut dazu haben das gleiche zu tun, sobald sie es für nötig halten. Wenn sie mundtot gemacht werden, müssen wir ihre Stimme sein. Wenn sie gejagt werden, müssen wir ihr Schutzschild sein. Wenn sie weggesperrt werden, müssen wir sie befreien. Uns – dem Volk – die Wahrheit zu geben, ist kein Verbrechen. Es sind unsere Daten, unsere Informationen, unsere Geschichte. Wir müssen für die Kontrolle über sie kämpfen. Mut ist ansteckend.“

„In these times of secrecy and abuse of power there is only one solution – transparency. If our governments are so compromised that they will not tell us the truth, then we must step forward to grasp it. Provided with the unequivocal proof of primary source documents people can fight back. If our governments will not give this information to us, then we must take it for ourselves. When whistleblowers come forward we need to fight for them, so others will be encouraged. When they are gagged, we must be their voice. When they are hunted, we must be their shield. When they are locked away, we must free them. Giving us the truth is not a crime. This is our data, our“ information, our history. We must fight to own it. Courage is contagious.

<http://wikileaks.org/Statement-by-Sarah-Harrison.html>

Das US-Unterhaus hat das NSA-Budget um 75 Millionen Dollar aufgestockt, um zukünftige Whistleblower zu verhindern.

<http://arstechnica.com/tech-policy/2013/11/house-intel-bill-adds-75-million-to-nsa-budget-to-stop-future-snowdens/>

Edward Snowden:

„Letztenendes fürchtet sich die Obama-Regierung nicht vor Whistleblowern wie mir, Bradley Manning oder Thomas Drake. Wir sind staatenlos, eingesperrt, oder machtlos. Nein, die Obama-Regierung fürchtet sich vor euch. Sie fürchtet sich vor einer informierten, aufgebrachten Öffentlichkeit, die jene verfassungstreue Regierung einfordert, die ihr versprochen wurde – und das sollte sie sich auch.“

Aktueller Kenntnisstand: Soziale Aspekte/ Propaganda-Nebel

Innenministerium

Durch ein Forderungspapier des Innenministeriums (Hans Peter Friedrich) ist dokumentiert, dass es *mehr Überwachung* möchte – angefangen bei den Mautdaten bis hin zur flächendeckenden Überwachung unserer gesamten Internetkommunikation. Hans Peter Friedrich lügt uns also ins Gesicht, wenn er sagt, dass er gegen Überwachung und Kontrolle wäre und den Überwachungsskandal aufklären möchte.

<https://netzpolitik.org/2013/die-wunschliste-des-bundesinnenministerium-fuer-mehr-ueberwachung/>

Europa gründet einen "Drohnen-Club", will zusammen den USA im ferngesteuerten Mord Konkurrenz machen.

The grouping so far includes seven nations:

France, Germany, Greece, Italy, the Netherlands, Poland and Spain.

Griechenland? Italien? Spanien!? Zum Club der Riesen-Pleitiers würde nur noch Irland fehlen. Hier sieht man sehr gut, wie die Prioritäten der Regierungen aussehen. Es ist Geld für Kriegsgerät da, aber nicht für nachhaltige Investitionen ins eigene Land und für die Bevölkerung. Das Volk kann scheinbar ruhig hungern.

<https://blog.fefe.de/?ts=ac75239a>

Netzpolitik unter der großen Koalition wird so katastrophal wie befürchtet

Netzneutralität wurde gestrichen, Routerzwang wird kommen, De-Mail und der elektronischen Personalausweis wurden einfach für sicher erklärt. Die Versprechen zu Safe-Harbor und Swift sind auch vom Tisch.

<https://blog.fefe.de/?ts=ac754051>

Stefan Aust: Die Selbstabschaffung des Parlamentes

Aber alle Themen, die eigentlich ins Parlament gehören, von der Rente bis zur Maut, vom Umgang mit Sicherheitsthemen bis zum Mindestlohn, von der Energiewende bis zur Europapolitik werden im geheimen Koalitionskabinett entschieden. Dann gibt es einen Koalitionsvertrag, und der Rest ist eine reine Formalie: Abstimmung unter großer Koalitionsdisziplin. Vorher dürfen noch ein paar zuvor ausgewählte Abgeordnete begründen, warum man sich nach schweren Diskussionen - von denen außer den Anwesenden niemand etwas mitbekommen hat - so oder so entschieden hat. Und dann gibt es 80 Prozent Zustimmung. Mit einer parlamentarischen Demokratie hat das nur noch formal etwas zu tun. Ein Schein-Parlament mit einem vorher festgelegten Programm, keine lebendige Bühne der Auseinandersetzung mit den Themen der Zeit. Ein Abnick-Theater, zum Sterben langweilig für jede Demokratie.

Die Geschicke der Republik werden nicht mehr vor den Augen und Ohren des Souveräns, des Volkes im Parlament verhandelt, sondern an einem gewaltigen eckigen Hufeisen-Tisch. Dort sitzen die Delegierten der beiden großen Parteien inzwischen über 50mal beieinander und handeln einen Koalitionsvertrag aus. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Jeden Abend treten zwei bzw. drei Sprecher der Fraktionen vor die Kameras der Fernsehanstalten und geben Gemeinplätze zum besten.

Allein das parlamentarische Kontrollgremium der Geheimdienste - in den Zeiten der NSA-Affäre nicht vollkommen überflüssig - besteht zur Zeit lediglich aus zwei abgewählten FDP-Abgeordneten, also Privatpersonen ohne jegliche Legitimation.

<http://www.n24.de/n24/Kolumnen/Stefan-Aust/d/3826074/die-selbstabschaffung-des-parlamentes.html>

England: Öffentliches Theater statt echter Aufklärung

Das Kreuzverhör der Bosse von MI5, MI6 und GCHQ wurde der Öffentlichkeit als ernstzunehmende Befragung verkauft, war tatsächlich aber ein abgekartetes Spiel: Den Bossen wurden vorab die Fragen mitgeteilt, um sicherzustellen, dass sie sich optimal vorbereiten können und nur so viel wie absolut nötig verraten müssen → nicht mehr, als wir nun ohnehin bereits wissen.

Grilling of spy chiefs 'a total pantomime'

http://www.thesundaytimes.co.uk/sto/news/uk_news/National/article1341644.ece

Fazit aus dem aktuellen Kenntnisstand

Das Vorgehen der Geheimdienste ist politisch gewollt und gesetzlich erlaubt – beispielsweise von geheimen Gesetzen, die das Volk und die meisten Politiker nicht einsehen dürfen. Begründet wird die Überwachung von den aktuellen Regierungen mit dem Kampf gegen den Terror. Whistleblower wie Edward Snowden, die diese Spionage aufdecken, werden grotesker Weise als Spione verfolgt – dabei waren sie es, die die Spionage aufgedeckt haben.

Unsere Regierung hat die NSA-Affäre vier Monate lange für beendet erklärt. Erst als Merkel betroffen war, nahmen sie sie auf einmal wieder auf. Müssen wir erst zur Merkel werden, bevor unsere Privatsphäre ernstgenommen wird?

Unsere Regierung: Duckmäusertum

<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Linke-und-Gruene-werfen-Regierung-Duckmaeuserum-in-der-NSA-Affære-vor-2049445.html>

3. Kundgebung

15:15 – 15:30 Pfaffenstraße

Wert der Privatsphäre

Schutz gegenüber dem Gewaltmonopol des Staates

Konkret

- Ermöglicht erst eine freie Willensbildung
- Ermöglicht erst den Zusammenschluss mit Gleichgesinnten, um die eigenen Gedanken zu diskutieren und sich ggf. Gehör zu verschaffen

Es ist üblich, dass Staat und Bürger unterschiedliche Interessen haben.

Noam Chomsky:

„Regierungen sollten nicht solche Überwachungsmöglichkeiten haben. Aber Regierungen werden jede ihnen verfügbare Technologie nutzen, um ihren primären Gegner zu bekämpfen – und das ist ihre eigene Bevölkerung. ...“

Regierungen sind nicht repräsentativ. Sie haben ihre eigene Macht und dienen Teilen der Bevölkerung, die ihrerseits viel Einfluss haben und reich sind.“

"Governments should not have this capacity. But governments will use whatever technology is available to them to combat their primary enemy – which is their own population." "Governments are not representative. They have their own power, serving segments of the population that are dominant and rich."

Kritik an der offiziellen Darstellung

Mythos: „Ich habe nichts zu verbergen und deshalb auch nichts zu befürchten.“

1) Nicht wir sondern der Staat entscheidet, ob das, was wir tun, falsch ist und verfolgt wird. Und dabei müssen wir nicht einmal gegen ein Gesetz verstößen haben, wie die bisherigen Erfahrungen zeigen. Außerdem können sich Gesetze ändern und Leute können im Nachhinein verfolgt werden. Damit hat jeder etwas zu verbergen.

2) Unschuld alleine schützt einen nicht:

Edward Snowden, 2013-06-06, Hong Kong

„Sie sollten sich Gedanken über die Überwachung machen, da Sie beobachtet und aufgezeichnet werden, selbst wenn Sie nichts falsch machen – und die Speicherfähigkeiten der Systeme wachsen jedes Jahr kontinuierlich um Größenordnungen. Sie müssen nichts falsch gemacht haben. Sie müssen lediglich eines Tages unter Verdacht geraten – sei es auch zu Unrecht – und dann können die Geheimdienste das System nutzen, um in der Zeit zurückzugehen und jede Entscheidung zu hinterfragen, die Sie je getroffen haben, jeden Freund unter die Lupe zu nehmen, mit dem Sie je etwas besprochen haben und damit gegen Sie vorgehen, indem sie Verdachtssmomente aus einem unschuldigen Leben schlussfolgern und jeden beliebigen Menschen als Verbrecher darstellen.“

3) Die Vergangenheit zeigt uns, dass Befugnisse ausgenutzt werden und anfallende Daten ausgewertet werden – auch für ursprünglich nicht gedachte Zwecke. Die einzige Möglichkeit, unsere Daten zu schützen, ist daher, gar nicht erst zu erlauben, dass sie gesammelt werden. Aktuelles Beispiel: Maut-Daten

Terrorismus = Scheinargument

Es geht wenn überhaupt nur zu einem kleinen Teil um Terrorismusbekämpfung. Sie könnten aufhören Leute zu radikalisieren, in dem sie ihre Dörfer zerstören und ihre Angehörigen ermorden. Ihr eigentliches Ziel mit so einer verdachtsunabhängigen und flächendeckenden Überwachung kann daher nur die Festigung ihrer Macht sein.

Wenn man sich daran erinnert, dass die Amerikaner auch auf explizite Nachfrage nicht näher definieren wollen, wen sie als Terroristen betrachten und gegen wen sie im Krieg sind, wird klarer, dass sie die gesamte Bevölkerung als Teil des Terrorismusproblems sehen. Es läuft auf eine Kontrolle der Massen hinaus. Für Beispiele, wie so ein Staat aussieht, kann man in den arabischen Raum schauen.

Ihre Aktionen sind nicht demokratisch legitimiert (geheime Gesetze)

Sie biegen bzw. brechen das Recht systematisch (die Geheimdienste helfen sich untereinander, das nationale Recht möglichst stark umzudeuten, um möglichst viel überwachen zu können und sagen zu können, dass sie sich an das Recht halten. es gibt z.B. eine geheime Interpretation des Patriot Act.)

Selbst Leuten aus dem Verteidigungssektor, die das Konzept des „War on Terror“ unterstützen, sind gegen die totale Überwachung und Kontrolle durch die Geheimdienste.

Lösungsvorschläge

- Die Verwaltung des Internets dezentralisieren (DNS-Rootserver, Gremien, ...)
- Geheimdienste abschaffen, da die demokratische Kontrolle offenbar versagt hat.
Anschließend sehen, ob wir sie wirklich brauchen.
Außerdem widersprechen sich die Geheimdienste zunehmend selbst, wenn sie behaupten, uns vor Anschlägen beschützen zu können. Sie begründen ihre Effektivität mit nicht stattgefundenen Anschlägen und fordern mehr Befugnisse ein, sobald es einen erfolgreichen Anschlag gab. Dabei sind sie tatsächlich höchst ineffizient, wenn es um die Vereitelung von Anschlägen geht: Sie wussten nichts von dem Bombenanschlag in Boston – um nur ein Beispiel zu nennen – und es geht so weit, dass sie selbst „Terroristen“ anwerben und Anschläge planen, nur um sie dann kurz vor ihrer Ausführung „vereiteln“ zu können.
- Untersuchungsausschuss der die Verantwortlichen zur Rede stellt.
- Das wichtigste: Eine Diskussion über den Wert der Privatsphäre und die Notwendigkeit der aktiven Mitbestimmung in einer Demokratie in der Gesellschaft führen.
Leute dazu bringen sich selbst zu informieren und nachzudenken. Nicht alles zu glauben, das ihnen von den Medien erzählt wird, die im Großen und Ganzen die gleichen Ziele wie die Regierung verfolgen, da ihre Interessen sehr ähnlich sind.

4. Kundgebung

15:45 – 16:00 Mengstraße @ Marienkirche

Thomas Gebauer: Über den Verlust von Öffentlichkeit und Privatsphäre

<http://www.medico.de/blogs/medico-hausblog/2013/09/30/420/>

Nicht die Überwachung selbst ist das Problem, sondern die daraus resultierende Kontrolle und Disziplinierung. Es gibt aber eine weitere gleichermaßen beängstigende Seite: Die Standardisierung und Lenkung von menschlichem Verhalten, um es dem herrschenden Wirtschaftsgeschehen profitabel verfügbar zu machen. Dabei verwandelt sich die Sphäre des Privaten in eine Sphäre des Konsums, die, so Adorno, als bloßer „Anhang des materiellen Produktionsprozesses, ohne Autonomie und ohne eigene Substanz, mitgeschleift wird“.

Alle relevanten Stellen:

Die katastrophale Tendenz der Gegenwart hat viele Facetten. Sie zeigt sich vielerorts in Ereignissen, die oftmals nur von lokaler Bedeutung zu sein scheinen. Im Herzen Istanbuls beispielsweise, wo ein traditionsreicher und bei den Menschen beliebter Park einem Einkaufszentrum Platz machen soll; in brasilianischen Fußballstadien, wo die populäre Fan-Kultur nun teuren Business-Seats weichen musste; im deutschen Gesundheitswesen, wo gesetzliche Krankenkassen chronisch Kranke systematisch vergraulen, um „teure Risiken“ loszuwerden; in Barcelona, wo im Zuge der Umwandlung des alten Fischereihafens Port Vell in eine abgesicherte Marina für Superreiche nun die Bewohner der angrenzenden Wohnvierteln von Vertreibung bedroht sind; oder in Venedig, wo der von Touristen aus aller Welt geschätzte Markusplatz künftig nur noch einer zahlungskräftigen Klientel vorbehalten sein wird. Acht Euro und mehr kostet ein Espresso in den dortigen Cafés bereits: der Markt gebe es her, so die Kaffeehausbetreiber, man müsse sich nur noch von der irrgen Idee verabschieden, dass solche Plätze allen zugänglich sein müssen.

Mit großem Tempo schreitet die Enteignung der Öffentlichkeit voran und werden heute Orte, Institutionen und Werte, die früher das Gemeinwohl gestanden haben, dem öffentlichen Leben entzogen, privatisiert oder dem Produktionsprozess untergeordnet. Die Enteignung des Öffentlichen ist aber nur die eine Seite der Medaille; die andere ist die Enteignung des Privaten.

Die Welt der „Bytes and Bites“ ermöglicht nicht nur eine effiziente politische Kontrolle des menschlichen Lebens, sondern auch dessen Unterwerfung unter das Diktat von Ökonomie. Mit den neuen Technologien ist der Ökonomisierung des Lebens heute kaum noch Grenzen gesetzt. Längst geht es nicht mehr nur um die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, sondern um die Kapitalisierung aller Bereiche menschlicher Existenz: der Ernährung, der Bildung, der Freizeitgestaltung, des solidarischen Miteinanders. Kostenpflichtige Online-Dating Angebote drängen sich in die Gefühlswelt. Soziale Medien profitieren vom Bedürfnis nach Freundschaft und Anerkennung. Und „shared economy“, auf der diesjährigen CeBIT als Geschäftsmodell der Zukunft gepriesen, zielt darauf, selbst noch aus der Bereitschaft zu Nachbarschaftshilfe und zum Teilen Profit zu schlagen. Unerbittlich frisst sich das ökonomische Kalkül durch die Körper, die Affekte, die Institutionen, das Sozialgefüge, die Welt.

Primäres Ziel ist nicht die Gestaltung menschlicher Lebenswelten, sondern deren Kolonisierung zum Zwecke des Profits. Freizeit, Freundschaften, gegenseitige Unterstützung – all das gibt es künftig immer weniger als solches und selbstbestimmt, sondern nur noch vermittelt über den Konsum. Das gilt leider auch für das Helfen.

Es zeichnet demokratisch verfasste Gemeinwesen aus, dass sie darum bemüht sind, das Spannungsverhältnis zwischen Privatem und Öffentlichem offen zu halten. Mit der gegenwärtigen Enteignung von beiden kommt dieser Prozess zu einem Ende; zum Schaden von Demokratie, die in ihren Grundfesten ausgehebelt wird; zum Wohle einer kleinen Elite, die sich auch künftig beides leisten kann, den Luxus öffentlicher Plätze und eines privaten Lebens, in das niemand Einblicke hat.

Es ist gut, dass diese Entwicklung nicht unwidersprochen bleibt. Die Gegenbewegungen sind Ausdruck eines unstillbaren Drängens auf demokratische Verhältnisse, in denen Freiheit und Gemeinwesen nicht zu euphemistischem Umschreibungen für Rendite und Kontrolle verkommen sind.

Kern des Problems

Politiker müssen verstehen, dass sie für uns arbeiten. Ihre Aufgabe sollte sein dem Volk zu Diensten zu sein und nicht es nach ihren Vorstellungen zu formen.

Wir müssen aufhören die Lügen der Regierung zu tollerieren, damit sich etwas ändert. Wir müssen wieder die Verantwortung für die Dinge übernehmen, die passieren. Wir müssen gemeinsam ein besseres System schaffen. Wir selbst haben unser Schicksal in der Hand.

Es wird den Leuten schwer gemacht, sich politisch zu engagieren, indem die prekären Arbeitsverhältnisse gefördert werden, durch die die Menschen bereits genug Sorgen haben genug Geld für Miete und Essen zu verdienen. Da bleibt dann keine Energie mehr für eine demokratische Beteiligung übrig.

5. Kundgebung

16:15 – 16:30 Klingenber

Gastredner

6. Kundgebung

16:45 – 17:00 Krähenstraße

Wikipedia definiert den Polizeistaat wie folgt:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Polizeistaat>

„Der Begriff Polizeistaat bezeichnet laut Meyers Enzyklopädisches Lexikon einen Staat, der im Gegensatz zum Rechtsstaat und Verfassungsstaat das politische, wirtschaftliche und soziale Leben durch repressive Kontrollmaßnahmen reglementiert. Laut Duden steht die Bezeichnung für einen Staat, in dem der Bürger nicht durch unverletzliche Grundrechte und eine unabhängige Rechtsprechung geschützt wird, sondern der willkürlichen Rechtsausübung der [Geheim]polizei ausgesetzt ist.“

Ich habe auch andere Definitionen gefunden, die ihn anders verstehen, doch dieser Abschnitt aus dem gleichen Wiki-Artikel (Abschnitt: Begriffsentstehung) zeigt finde ich sehr gut, mit was wir es im Augenblick tatsächlich zu tun haben – die Überwachung ist nur das Mittel zum Zweck aber nicht unser eigentliches Problem:

„Durch den gesellschaftlichen Wandel, insbesondere nach dem Wiener Kongress, wurde der Polizeistaat zunehmend repressiv, um die aufstrebenden liberalen und demokratischen Bestrebungen zu unterdrücken. Der Polizeistaat wurde somit zum Kampfinstrument gegen politisch Andersdenkende (im absolutistischen Staatsgefüge war eine Opposition nichts anderes als ein Verstoß gegen die Interessen des Staates und damit auch gegen die Interessen seiner Untertanen).“

Seitdem wird der Polizeistaat als ein Staatswesen definiert, in dem die Polizei allmächtig und der Einzelne so gut wie machtlos ist. Diese Wortbedeutung, die den Gegensatz zwischen Polizeistaat und Rechtsstaat hervorhebt, entstand in der Biedermeierzeit.“

Da sich die Interessen des Staates und die seiner „Untertanen“ immer weiter von einander entscheiden und wahrscheinlich nie genügend in Übereinstimmung gebracht werden können, braucht das Volk echten Einfluss auf die Gestaltung aller öffentlichen Belange. Warum sollte es einer kleinen Gruppe von Leuten zutrauen, besser als es selbst zu wissen, was es möchte.

Unter „Verwandte Bezeichnungen“ steht im Artikel:

„Staaten mit einer Tendenz zu Überwachung der Bürger durch den Staat und dessen Polizei werden als Überwachungsstaaten bezeichnet. Die logische Weiterentwicklung des Überwachungsstaates ist der so genannte Präventionsstaat. Hier werden die Vielzahl der aus der Überwachung über die einzelnen Bürger gewonnenen spezifischen Informationen dazu genutzt, um unerwünschtes Verhalten dieser Bürger sehr zu erschweren oder möglichst von vornherein zu unterbinden. Mittel hierfür sind unter anderem Einreiseverbote, präventive Platzverweise, Demonstrationsverbote, Strafandrohungen, Verurteilungen mit langen Bewährungszeiten und die gezielte Überwachung verschiedenster Bevölkerungsgruppen zur Gefahrenabwehr.“

Bruce Coville über Tyrannie

„Informationen zurückzuhalten ist die Essenz der Tyrannie.
Die Steuerung des Informationsflusses ist das Werkzeug der Diktatur.“

Wir als Gesellschaft sind überzeugt in jeder Hinsicht fortschrittlich zu sein und aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt zu haben. Wir sind überzeugt, dass wir in einer Demokratie leben und damit sicher vor jeder Art von zukünftiger Tyrannie sind. Ich finde, wir sollten unsere Überzeugungen gewissenhaft prüfen und uns vor Augen führen, wie die aktuellen Geschehnisse die Grundpfeiler einer jeden Demokratie bedrohen.

Die Gefahr besteht in der schrittweisen Einführung der Überwachung: Fast unmerklich dringt sie mehr und mehr in unsere privaten Lebensbereiche ein. Neue Generationen gewöhnen sich an die Überwachung, was ihre weitere Verschärfung erlaubt. So ist es möglich Schritt für Schritt ein alles durchdringendes Überwachungssystem einzuführen – ohne dabei einen genauen Punkt nennen zu können, an dem die kritische Grenze überschritten wurde. Ehe man sich versieht wacht man in einer von kühn kalkulierenden Computern überwachten Gesellschaft auf, deren Regeln mit Gewalt durchgesetzt werden.

Wenn uns die Vergangenheit Deutschlands etwas lehrt, dann dass es fatal ist, das Recht auf eine eigene Meinung für ein fragwürdiges Sicherheitsgefühl einzutauschen. Benjamin Franklin schrieb: Wer wesentliche Freiheit aufgeben kann, um eine geringfügige bloß jeweilige Sicherheit zu bewirken, verdient weder Freiheit, noch Sicherheit.

„Das möchte ich Dir lieber nicht am Telefon erzählen.“ sollte für immer der Geschichte angehören und es liegt in unserer Hand dies sicherzustellen. Gestern wurde unsere Geschichte geschrieben und heute schreiben wir die Geschichte von morgen! Der Augenblick etwas zu ändern ist jetzt. Wir brauchen ein neues Verhältnis zur Wahrheit in der Politik. Die Fragen zur staatlichen Überwachung sollten unserer Demokratie zu Liebe zügig und rechtsstaatlich aufgeklärt werden. Es gilt wie eh und je: Wir tragen die Mitschuld an den Folgen, wenn wir tatenlos bleiben.

Die Geheimdienste bilden eine Schattenwelt, die unbehindert von der Politik agiert – und kaum ein Politiker traut sich etwas daran zu ändern. Die Dienste sollten von der Politik gesteuert werden, doch tatsächlich arbeiten sie eigenverantwortlich und informieren die Politik nicht ausreichend über ihr Handeln. Besonders in den USA geht es so weit, dass sie die Regierung in die Irre führen und sie schamlos belügen. Statt Koordinator ist die Politik nur noch Zaungast. Die eigentlichen Entscheidungen finden bei den Geheimdiensten statt.

Die Dienste haben die Politik so in der Hand, dass die Politik nicht mehr in der Lage ist, sich gegenüber den Diensten zu behaupten und ihr Handeln zu bestimmen. Daher gibt es keinen

ernstzunehmenden Untersuchungsausschuss für die Verantwortlichen. CDU/CSU, SPD und Grüne haben Angst, Druck auf die Dienste auszuüben, da die Dienste kompromittierendes Material über alle Politiker gesammelt haben, das deren Karrieren auf einen Schlag zerstören kann. Es ist ein Dickicht, das nicht mehr mit demokratischen Mitteln beherrscht werden kann. Es hilft nur noch eine Auflösung der Dienste und anschließende Neubewertung ihres tatsächlichen Nutzens.

Die Geheimdienste widersprechen sich zunehmend selbst, wenn sie behaupten, uns vor Anschlägen beschützen zu können. Sie begründen ihre Effektivität mit nicht stattgefundenen Anschlägen und fordern mehr Befugnisse ein, sobald es einen erfolgreichen Anschlag gab. Dabei sind sie tatsächlich höchst ineffizient, wenn es um die Vereitelung von Anschlägen geht: Sie wussten nichts von dem Bombenanschlag in Boston – um nur ein Beispiel zu nennen – und es geht so weit, dass sie selbst „Terroristen“ anwerben und Anschläge planen, nur um sie dann kurz vor ihrer Ausführung „vereiteln“ zu können.

#

Die Geheimdienste sind im Schatten ihrer Befugnisse zu einer geheimen vierten Macht im Staat herangewachsen, die alle relevanten digitalen Informationen über uns speichert. Die Dienste haben das Ziel alles über uns zu wissen, um . Ist ein solches einseitiges Informationsmonopol mit Demokratie und Rechtsstaat vereinbar?

Ich sage: Es untergräbt demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien! Eine verdachtsunabhängige Überwachung aller Bürger zerstört ihre Privatsphäre. Ohne Privatsphäre wird ihnen jedoch die Möglichkeit genommen, sich ohne Angst vor Repressalien eine eigene Meinung zu bilden und sich für ihre Interessen im Staat zu organisieren und einzusetzen.

Wichtiger als die Frage, ob man sich an das Gesetz hält, wird die Frage, ob man die aktuelle Regierung unterstützt oder anderer Meinung ist. Hierbei wird der bedingungslose Kampf gegen selbstgemachten sogenannten Terrorismus als alternativlos dargestellt und andere Meinungen werden nicht geduldet: „Sie sind entweder auf unserer Seite, oder Sie sind auf der Seite der Terroristen.“ So drückte es George W. Bush bei mehreren Gelegenheiten im Kontext des „War on Terror“ aus.

Es zeigt sich ein entscheidendes Merkmal des Staates durch die Totalüberwachung aller Menschen: Sein immenses Misstrauen und seine Angst vor den Bürgern. Doch wovor hat er Angst? Er hat Angst vor rechtlich geschützten, selbstständig denkenden, entschlossenen Journalisten und davor, dass die Bürger erfahren, was er tatsächlich in ihrem Namen unternimmt (Stichwort: Whistleblower-Schutz). Er hat Angst, dass die Bürger etwas vor ihm verstecken (Stichwort: Überwachung) und, dass sie zu viel darüber lernen könnten, wie die Welt tatsächlich organisiert ist (Stichwort: Internetfilter).

Der Staat ist in seiner elementarsten Form ein Machtmonopol. Er muss in seine Grenzen verwiesen werden, ihm muss misstraut werden und er darf nur als notwendiges Übel geduldet werden. Wenn hier jemand transparent sein und kontrolliert werden sollte, dann er. Und das nicht von sich selbst, sondern von uns, den Bürgern.

Wir sehen gerade die Institutionalisierung einer flächendeckenden Überwachung und damit eine Festschreibung von gegen Demokratie und Vernunft gerichteten Prinzipien. So etwas können wir nicht dulden, ohne uns mit schuldig zu machen.

Abschlusskundgebung

17:15 – 17:30 Schrangen/ Königstraße

- Erzählt 5 von Euren Freunden von diesem Thema und was ihr darüber denkt
- Informiert Euch, so dass ihr anderen Leuten vermitteln könnt, weshalb es wichtig ist, sich über den Wert der Privatsphäre bewusst zu sein
- Kommt uns z.B. Mittwochs in unseren Vereinsräumen besuchen, um mit uns zu reden, Fragen zu stellen und gemeinsam die Situation zu reflektieren, um besser den Propagandanebel zu durchschauen. Ihr könnt Euch einfach dazusetzen und den Gesprächen lauschen. Und wann immer ihr etwas einbringen wollt, könnt ihr das machen. Im Anschluss an diese Demo gehen wir wieder in unsere Vereinsräume. Wer sich uns anschließen möchte ist herzlich eingeladen sich noch mit uns zu unterhalten.
- Alle nötigen Infos zu uns und unseren Vereinsräumen findet ihr unter swu-hl.de. Bei Fragen einfach an kontakt@swu-hl.de schreiben.
- Daran denken, dass es Zeit brauchen wird unser Ziel zu erreichen und dass wir uns deshalb gute Gesellschaft leisten sollten. Keiner von uns muss diesen Weg alleine gehen.
- Je mehr Leute sich unserer Aktion anschließen, um so interessantere Dinge können wir machen und um so mehr Leute können wir erreichen. Wir wollen z.B. einen monatlich stattfindenden Infoabend veranstalten, der das Überwachungsthema verständlich aufarbeiten und Raum für Diskussionen bieten soll.
- Wir können jede Hilfe gebrauchen, z. B. beim Druck der Flyer. Bei Interesse einfach auf unserer Mailingliste registrieren ([Link auf swu-hl.de](http://swu-hl.de))

Auf der ML wird man über alles, das wir machen, auf dem Laufenden gehalten. Sobald man etwas sieht, das einem liegt und bei dem man sich einbringen möchte, kann man das tun. Über sie kann man auch Kontakt zu anderen Leuten in Lübeck finden, die etwas gegen die Überwachung und Kontrolle durch die Geheimdienste unternehmen möchten.

- Alle unsere bisher veröffentlichten Texte sind auf unserer Projektseite unter swu-hl.de zu finden: Alle Flyer, Redetexte, Essay (Zusammenfassung von allem Wissenswerten zu diesem Thema) und Kontaktmöglichkeiten
- Allen für das Kommen danken, der Polizei danken und einen guten Heimweg wünschen.

Nun wieder die Gelegenheit nutzen neue Kontakte zu knüpfen und/ oder mit uns zurück in unsere Vereinsräume zu gehen.

Textschnippel, die es nicht in die Rede geschafft haben, aber auch interessant sind.

Felix von Leitner

Boah diese VERLOGENHEIT gerade, die geht mir ja SO auf den Senkel! Der Europarat spricht sich mit Schaum vor dem Mund gegen Netz-Ausspähung aus und spricht von der "Freiheit des Internet". Das sind die, denen wir die Cybercrime-Konvention zu verdanken haben. Ja, DIE! Ausgerechnet die wagen es jetzt, sich schockiert über den von ihnen eingeführten Überwachungsstaat zu zeigen. Da krieg ich Gewaltfantasien, wenn ich sowas lese. <http://www.heise.de/-2047873>

Electronic Frontier Foundation

The administration has already started its justifications, making public statements focused solely on effectiveness, without acknowledging that other critical values are in danger—most importantly, our Constitutional and human rights. When effectiveness is the only value at play, even the most invasive warrantless programs can be justified. Cameras in the bedroom? House-to-house searches? Cavity searches by the TSA? In each case, the government could argue that it would get less information and be less effective without them.

Ziel ist Kontrolle, damit die Regierung/ Geld-Elite/ Eigentümer der Länder weitermachen können wie bisher, d.h. mehr Macht und Geld anhäufen können. Dazu nutzen sie aktiv Desinformationen, um die Leute abzulenken und zu beschäftigen. Sie führen dabei einen Krieg gegen die 3. Welt und Mittelschicht sowie alle Schichten darunter im eigenen Land. Verkauft wird es oft mit „Freiheit“ und Effizienzsteigerung.

Die Regierung steuert uns auf eine Rezession zu:
<http://www.heise.de/tp/artikel/40/40347/1.html>

Oberflächliche Kritik wird geduldet, doch sobald sie wirklich den Kern trifft (Systemkritik, systematische Kritik; thinking outside the box), wird sie bestmöglich bekämpft.